

3/2009
SCHWERPUNKT
WELTHANDEL

Weiter wie bisher? Welt-
handelspolitik im Zeichen
globaler Krisen. Seite 2

Nachhaltige Milchprodukti-
on steht auf dem Spiel. Inter-
view mit Sonja Korpeter! Seite 4

EU-Abkommen bringt Nami-
bia in die Zwickmühle. Seite 7

EDITORIAL



Tilman Santarius
Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Milchseen und Butterberge – die erinnern uns an die 1980er Jahre, könnten uns nun aber erneut drohen. Die EU will die Milchquoten abschaffen, damit die Produktion boomt und der Export europäischer Milch floriert. Und weil das nicht reicht, wird mit Exportsubventionen nachgeholfen. Das macht die Preise kaputt – in Europa wie auf dem Weltmarkt. Im Milchsee ertrinken werden all jene, die da nicht mithalten können: viele Milchbauern bei uns sowie die Kleinbauern im Süden. Doch damit nicht genug: Immer mehr Milchprodukte großindustriell herzustellen, heizt das Klima an.

Klimakrise, Energiekrise, Ernährungs- und Wirtschaftskrise: Sie alle verbindet, dass eine Gruppe von Menschen oder Unternehmen von kurzfristigen Vorteilen profitiert, während die wachsende Zahl der Menschen am Rand der Weltgesellschaft das Nachsehen hat und die Zukunft auf dem Spiel steht. In dieser Ausgabe beleuchten wir die Zusammenhänge zwischen den Krisen und zeigen Handlungs- sowie Wahlmöglichkeiten auf – auch für die Bundestagswahl am 27. September.

Es grüßt Sie herzlich



Tilman Santarius

EUROPÄISCHE MILCHPOLITIK Exportorientierung schadet Klima und Ernährungssicherheit



EU-Exportsubventionen für Milch zerstören die Lebensgrundlagen der Milchbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern. Bei einer Aktion zum Außenwirtschaftstag in Berlin forderten Entwicklungsorganisationen deshalb Ende Juni faire Milchpreise in Europa und weltweit. © campact.de, Foto: Jakob Huber

Historisch niedrige Preise bedrohen Milchbauern in Entwicklungsländern und in der EU

Die Milchpreise sind im Keller. Viele Bäuerinnen und Bauern erhalten weniger als 20 Cent für einen Liter Milch, nur halb so viel wie noch vor zwei Jahren. Dadurch stehen zahlreiche Milchbauern vor dem Aus, in Deutschland und auch EU-weit. Die Krise trifft alle Betriebsstrukturen. Selbst große Betriebe, die mehrere hundert Kühe melken, kommen mit dem irrwitzig geringen Milchpreis nicht aus.

Mengenausdehnung als Ursache der Milchkrise

Wie kommt es überhaupt zu dieser Krise? Warum verkaufen die Bauern ihre Milch unter Wert? Für den Milchmarkt der EU gibt es eine so genannte Milchquote. Sie legt fest, wie viel Milch EU-weit, in einem Land und auf jedem Hof produziert werden darf. Im März 2008 erhöhten die Agrarminister der EU die Quote um nahezu vier Prozent. Im November 2008 wurden weitere Quotenerhöhungen beschlossen: ab 2009 für fünf Jahre um jeweils ein Prozent. Begründet wurde dies unter anderem mit neuen Exportchancen für europäische Milchprodukte,

vor allem in Asien. Dahinter sowie hinter der diskutierten Abschaffung der Milchquote im Jahr 2015 stecken Interessen der exportorientierten Molkereien. Sie wollen billige Milchüberschüsse, um sich Weltmarktanteile zu sichern.

Die Interessen der Lebensmittelindustrie scheinen die Einzigen zu sein, die die Politiker interessieren. Als die Milchquotenerhöhung beschlossen wurde, war kein nennenswerter Anstieg der Nachfrage nach Milchprodukten zu erkennen. Die Exporte aus der EU haben sich nach Daten der EU-Kommission seit Frühjahr 2008 mit Ausnahme von Vollmilchpulver rückläufig entwickelt. Auch auf dem Binnenmarkt stagniert der Verbrauch von Milchprodukten bzw. geht sogar leicht zurück. Das zeigt auch, dass die Verbraucher angesichts der niedrigen Preise nicht mehr Milch trinken, oder umgekehrt: Stiege der Milchpreis, würde der Milchverbrauch nicht einbrechen.

Die Milchproduktion ist dagegen mit der Quotenerhöhung gestiegen. Stimmen die Zahlen aus Brüssel, nahm im Jahr 2008 die Kuhmilchproduktion in der EU-27 um 0,8 Prozent auf knapp 150 Millionen Tonnen zu. Von Januar bis April dieses Jahres legte in den meisten EU-Ländern die Milchproduktion sogar um weitere fünf Prozent zu. ▶

Der so entstehende Überschuss auf dem EU-Milchmarkt hat zum Zusammenbruch der Preise geführt und hektische Reaktionen ausgelöst: Milchpulver und Butter werden wieder in staatlichen Milchseen und Butterbergen geparkt, den Bauern wurden Überbrückungskredite und Steuernachlässe versprochen. Außerdem werden große Betriebe mit staatlichen Investitionshilfen „fit“ für den Weltmarkt gemacht. Doch diese Maßnahmen haben nichts an den niedrigen Milchpreisen geändert. Zudem soll am Auslöser der Krise, der höheren Milchquote, nach dem Willen der EU-Kommission und der meisten Mitgliedsstaaten nicht gerüttelt werden.

Bauern in Entwicklungsländern leiden doppelt

Für Milchbauern in Entwicklungsländern sind dies doppelt schlechte Nachrichten. Nach dem Preiseinbruch führte die EU wieder Exportsubventionen für Milchprodukte ein. Ein trauriger Rückfall, nachdem diese im Jahr 2007 endlich ausgesetzt worden waren. Zwar gehen die meisten subventionierten Exporte in Länder wie Nordafrika und Ostasien, die selber nur wenig Milch erzeugen. Aber Beispiele aus afrikanischen Ländern, unter anderem aus Burkina Faso und Kamerun, belegen: Auch Mengen, die im EU-Maßstab klein sind, können tausende Milchbauern um ihr Einkommen bringen. Die Molkereien dort satteln dann auf billigeres und leichter zu verarbeitendes Milchpulver aus der EU um und nehmen keine lokal erzeugte Milch mehr ab (s. S. 6). So geht es zu Lasten der Bauern dort, dass die Europäische Milchwirtschaft mit staatlichen Investitionshilfen langfristig „wettbewerbsfähig“ gemacht werden soll, damit sie auf Dauer auch ohne direkte Exportsubventionen den Weltmarkt beliefern kann.

Die EU kann nur deshalb in großem Umfang tierische Produkte – nicht nur Milch, sondern auch Schweine- und Geflügelfleisch – exportieren, weil sie gleichzeitig Futtermittel wie Soja importiert. Nach Berechnungen des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) nimmt der Futtermittelanbau allein für Deutschland 2,8 Millionen Hektar Fläche außerhalb Europas in Anspruch. Das entspricht fast einem Viertel der deutschen Ackerfläche. Der größte Teil des Sojas wird aus Südamerika importiert, wo für den Ausbau der Sojaflächen Kleinbauern von ihren Feldern vertrieben, Regenwälder abgeholzt und ökologisch wertvolle Savannen umgepflügt werden (s. S. 6).

Klimaschutzziele werden untergraben

Die Förderung einer klimafreundlichen Landwirtschaft ist seit dem letzten Jahr ein ausdrückliches Ziel der EU-Agrarpolitik. Bislang sind dafür allerdings kaum Finanzen und Programme festgelegt worden. Die Anhebung der

Milchquote und die Investitionshilfen für intensive Milchviehhaltung schaden dagegen dem Klima. Mehr Milchproduktion führt aufgrund der Verdauungsprozesse im Kuhmagen zu höheren Emissionen von klimaschädlichem Methan. Durch Konzentration und Intensivierung wird die Milchproduktion immer energieintensiver und heizt das Klima zusätzlich auf. Da für die Futtermittelimporte Urwälder in Südamerika abgeholzt werden, wird zusätzlich CO₂ freigesetzt. Klimafreundliche und standortangepasste Formen der Tierhaltung werden bei niedrigen Milchpreisen zusehends verschwinden.

Europäische Milchproduktion an Bedarf und ökologische Grenzen anpassen

Die Milchpolitik der EU geht somit in die falsche Richtung. Immer mehr Milchbauern in Deutschland und der EU organisieren sich daher im Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter und fordern, die Produktion am tatsächlichen Bedarf in Deutschland zu orientieren. Dabei werden sie von einem Bündnis

aus Umwelt-, Tierschutz-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen unterstützt, dem auch Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft angehören.

Wenn nur so viel Milch erzeugt wird, wie wir auch verbrauchen, werden die Milchpreise stabilisiert, und die Existenz der Milchviehbetriebe wird gesichert. Bereits im letzten Jahr haben die Milchbauern mit einem Milchlieferstopp auf ihre unerträgliche Situation aufmerksam gemacht. Sie wollen auch keine Exportsubventionen, da diese nur den europäischen Molkereien zu Gute kommen und ihren Kollegen in Entwicklungsländern schaden. Eine bedarfsorientierte Milchproduktion würde die heruntersubventionierten Überschüsse auf dem Weltmarkt beenden. Hiesige Milchbetriebe sollten stattdessen kostendeckende Erzeugerpreise erhalten. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltigere Produktionsmethoden wie die Weidehaltung und damit für eine klimaverträgliche Milchproduktion.

Tobias Reichert und Berit Thomsen

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich den Betrag von _____ €
 (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. BLZ

Geldinstitut

Datum Unterschrift

Name Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
 Selbstverständlich können Sie auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum auf S.8).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

Weiter wie bisher? Welthandelspolitik im Zeichen globaler Krisen

Klima-, Energie-, Ernährungs- und Wirtschaftskrise gehen Hand in Hand

Eigentlich kann das doch gar nicht wahr sein. Wir leben im 21. Jahrhundert, seit über sechzig Jahren praktizieren wir „Entwicklungshilfe“, die Regierungen der Welt haben zur Jahrtausendwende sogenannte Millennium Development Goals (MDGs) aufgestellt, um die Armut bis 2015 zu halbieren – und was passiert? In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Hungernden in der Welt von 850 Millionen auf über eine Milliarde angestiegen. Weltweit hat nun jeder sechste Mensch nicht genug Nahrung.

Der unmittelbare Auslöser des dramatischen Anstiegs von Hunger und Armut war zweifelsohne die akute Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Doch weitere strukturelle Gründe kommen hinzu. Tatsächlich befinden wir uns nicht nur in einer Weltwirtschaftskrise, sondern in einer Systemkrise mit vielen Gesichtern. Die Klimakrise und damit verbunden die bereits heute spürbaren Auswirkungen des bereits stattfindenden Klimawandels gerade auf die Landwirtschaft treiben die Armut ebenso an wie die Energiekrise. Öl und andere fossile Energieträger werden knapp und langfristig teurer. Die Preise schwanken stärker – damit sind sie ins-

besondere für die Armen zu einem gewaltigen Risikofaktor geworden.

Öl ist der „Schmierstoff der Globalisierung“; aufgrund niedriger Transportkosten können Lebensmittel über den ganzen Globus geschickt werden. Brasilianisches Soja landet in oldenburgischen Schweinetrögen, kenianische Bohnen in Pariser Nobelrestaurants und dänisches Milchpulver in der Jogurtmaschine in Douala. Gerät ein solches System in die Krise, trifft es die Armen am härtesten. Brechen ihre Märkte weg oder steigen die Preise für ihre Importe, haben sie kaum Reserven, geschweige denn Sozialsysteme, um die Folgen zu mildern.

Hinzukommt, dass solche Handelsströme den Klimawandel anheizen. Wie viel Welthandel, wie viel internationale Arbeitsteilung können wir uns noch leisten, wenn die globale Erderwärmung unter der Großgefahrenschwelle von zwei Grad Celsius gehalten werden soll? Die Frage betrifft Deutschland, das sich bis vor kurzem noch stolz „Exportweltmeister“ nannte, ganz besonders. Der Transport deutscher Im- und Exportgüter rund um den Glo-

bus verursacht bereits heute mehr Treibhausgase als der Transport aller Waren innerhalb Deutschlands. So wird die nötige Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen nicht zu erreichen sein. Sie kann nur mit einer Politik gelingen, die durch Emissionshandel und Ökosteuern schrittweise die Globalisierung von Warenströmen unrentabel macht, soweit sie nicht von der Sache her geboten ist.

Armutsbekämpfung in Zeiten der mehrfachen Krisen erfordert auch eine Politik und globale Regeln, die Ernährungssicherheit mit Klimaschutz und einem sparsamen Umgang mit Ressourcen weltweit verbinden. Wichtige Industriestaaten wollen diese Schutzrechte in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) und zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) nicht zugestehen. Dies zeigen die ungelösten Konflikte um Schutzmechanismen, die Kleinbauern vor ruinöser Konkurrenz schützen sollen.

Tilman Santarius und Tobias Reichert

Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit

Interview mit Thomas Hirsch, Brot für die Welt

Herr Hirsch, in jüngster Zeit rückt der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Ernährungssicherheit immer stärker in den Fokus. Welche neuen Erkenntnisse gibt es?

Eine wichtige Wegmarke ist sicherlich der vierte Fortschrittsbericht des Weltklimarats (IPCC), der erstmals in größerer Tiefe auch die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft analysiert. Zuvor hatte die Auffassung vorgeherrscht, global würde die Agrarproduktion auf Grund eines „Düngereffekts“ durch mehr Kohlendioxid in der Atmosphäre eher ansteigen, und die Erträge in nördlichen Breiten würden von höheren Temperaturen profitieren. Die Analysen des IPCC zeigen nun, dass global mit negativen Auswirkungen zu rechnen ist, zumindest wenn die Temperatur um mehr als 2,5 Grad Celsius ansteigt. Gerade in tropischen Regionen kommt es bereits bei einem deutlich



geringeren Temperaturanstieg zu Problemen, vor allem die Reiserträge könnten deutlich zurückgehen. Global ist mit mehr Starkwetterereignissen wie Stürmen zu rechnen, die Ernten bedrohen.

Welche Regionen und Bevölkerungsgruppen sind am stärksten betroffen?

Leider betrifft der Klimawandel gerade die Regionen besonders stark, in denen ohnehin schon Hunger herrscht. In vielen Gegenden, in denen es bereits heute eher zu viel Wasser gibt, wird es noch feuchter – vor allem am Äquator. Gleichzeitig werden trockene Gebiete noch trockener. Vom erwarteten Meeresspiegelanstieg sind die oft besonders fruchtbaren Flussdeltas betroffen. In den entsprechenden Regionen sind dann wiederum die Gruppen besonders bedroht, die sich bereits jetzt nur mit Mühe ernähren können.

Gehen deren Ernten weiter zurück, beispielsweise aufgrund von Salz im Grundwasser oder Dautrockenheit, sind sie existenziell gefährdet.

Ist der aktuelle Anstieg der Zahl der Hungernden auf eine Milliarde Menschen bereits eine Folge des Klimawandels?

Es gibt keine belastbaren Erkenntnisse darüber, wie stark der Klimawandel zum Anstieg der Weltmarktpreise beigetragen hat, der Auslöser für die dramatische Zunahme des Hungers war. Er ist sicher Teil eines Bündels von fünf bis sechs Faktoren, aber das Gewicht ist unklar. In einigen Regionen ist die Belastung durch mit dem Klimawandel verbundene Phänomene wie Trockenheit bereits heute so groß, dass diese sicherlich zu mehr Hunger geführt haben.

Welche Rolle spielt das Thema in den Verhandlungen zu einem neuen Klimaschutzabkommen in Kopenhagen? ▶

Bestenfalls eine nachgeordnete. Dass überhaupt darüber geredet wird, ist vor allem der Verdienst zivilgesellschaftlicher Gruppen, die gerade die Klimakonferenz in Posen 2008 durch verschiedene Initiativen begleitet haben. Es ist auch nicht die vorrangige Aufgabe des Klimaabkommens, detaillierte Vorgaben zu einzelnen Sektoren wie Ernährungssicherheit oder Wasser zu machen. Es muss aber einen geeigneten Rahmen setzen, damit finanzielle Mittel zur Anpassung bereitgestellt und möglichst effektiv verwendet werden können, so dass vor allem die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen davon profitieren.

Welche Schritte sind auf internationaler Ebene notwendig, um Hunger in Zeiten des Klimawandels zu bekämpfen?

Die von der „Food and Agriculture Organization“ der UN (FAO) definierten „Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung“ sollten in den Klimaverhandlungen stärker berücksichtigt, und die Zahlung von Finanzmitteln für die Anpassung an den Klimawandel sollte an die Anwendung menschenrechtlicher Standards gebunden werden. Entscheidend ist es, dass sich die in der UN für Ernährungsfragen verantwortlichen Organisationen stärker in den Kopenhagen-Prozess einklinken.



Der Klimawandel verursacht in Entwicklungsländern bereits jetzt Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen, die die Ernährungssicherheit gefährden. © Jörg Böthling

Umgekehrt müssen Klimawandel und Anpassung in anderen Prozessen, beispielsweise beim im November stattfindenden Welternährungsgipfel oder in den Menschenrechtsgruppen der UN, eine viel größere Rolle spielen. Bislang läuft hier noch zu viel parallel. Gerade zivilgesellschaftliche Organisationen

wie Brot für die Welt und Germanwatch können eine wichtige Rolle dabei spielen, auf die Chancen einer besseren Vernetzung aufmerksam zu machen.

Weitere Infos: www.brot-fuer-die-welt.de

Interview: Tobias Reichert

Der Klimawandel und das Recht auf Nahrung

Ein zweidimensionaler Ansatz ist im Kampf gegen den Klimawandel notwendig: Das Unbewältigbare vermeiden und das Unvermeidbare bewältigen. Schon der unvermeidbare Teil des Klimawandels gefährdet die Ernährungssicherheit in einigen Regionen durch fehlendes Wasser, Wetterextreme oder Meeresspiegelanstieg.

Es verstößt gegen alle Gerechtigkeitsprinzipien, dass die Entwicklungsländer und arme Menschen in allen Staaten, also die, die am

wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am heftigsten betroffen sind. So werden etwa Klein- und Subsistenz-Bauern besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Ein am Menschenrecht auf Nahrung und Wasser orientierter Ansatz der Anpassungsmaßnahmen ist wichtig, damit diese tatsächlich den Verletzlichsten zugutekommen. Er beinhaltet prozedurale Garantien – wie den Zugang zu relevanten Informationen und Beschwerderechte. Außerdem müssen die

Regierungen nachweisen, dass sie ihre Politik und Finanzentscheidungen auf die verletzlichsten Gruppen zuschneiden.

Die Industrieländer als Hauptverursacher müssen in Kopenhagen ausreichend Finanzmittel bereitstellen.

Christoph Bals

Studie zum Thema:
www.germanwatch.org/klima/klimern

„Eine nachhaltige Milchproduktion in allen Regionen Europas steht auf dem Spiel!“

Interview mit Sonja Korpeter, Geschäftsführerin des European Milk Board (EMB)

Frau Korpeter, die Milchpreise sind in diesem und im letzten Jahr dramatisch eingebrochen. Was bedeutet das für die Milchbauern in Europa?

Die durchschnittlichen Produktionskosten für einen Liter Milch liegen bei 40 Cent, die Bauern

erhalten aber aktuell nur 18 bis 24 Cent. Schon daran können Sie erkennen, dass die wirtschaftliche Situation sehr schwierig ist. Nicht wenige Betriebe haben die Produktion ganz aufgegeben, und in mehreren Ländern gab es angesichts einer aussichtslosen Lage sogar Selbstmorde.

Gibt es Gewinner, oder ist der ganze Sektor negativ betroffen?

Nein, es gibt keine Gewinner. Gerade so genannte große Zukunftsbetriebe sind in besonderer Not: Sie haben häufig große Investitionen getätigt und müssen diese abbezahlen,

zudem fallen Personalkosten unabhängig vom Milchpreis an. Familienbetriebe sind im Vergleich über kurze Zeit sogar flexibler und unempfindlicher. Doch das Problem ist, dass die Preise seit Jahren zu niedrig und die Reserven aufgebraucht sind.

Wie reagieren Milchbauern in der EU auf die Krise?

Wirtschaftlich gesehen gibt es zwei Reaktionen: Mengensteigerung und Kostensenkung. Niederländer, Deutsche, Österreicher und Dänen tendieren dazu, die aufgrund der niedrigen Preise sinkenden Einnahmen durch eine höhere Produktion abzufedern. In anderen Ländern wie Frankreich versuchen viele Milchproduzenten, die Kosten zu senken, indem sie Milchkühe früher aus der Produktion nehmen und so weniger Milch abliefern.



Politisch spüren wir im EMB die Krise durch weiter zunehmende Mitgliederzahlen. Insbesondere in Frankreich gibt es jetzt eine starke Bewegung, die auch Bauern in anderen Ländern wieder Mut macht. So gibt es derzeit einen europaweiten „Aufstand der Milchbauern gegen die EU-Agrarpolitik“ und in vielen Ländern einen so genannten Milchstreik: Bauern liefern ihre Milch nicht mehr ab.

Welchen Anteil der Milchbauern in der EU repräsentiert das EMB?

Das EMB hat etwa 100.000 Mitglieder in 14 europäischen Ländern, die rund 35 Prozent der europäischen Milchproduktion stellen. In Frankreich treten aktuell tausende Milchproduzenten bei, so dass wir diese Zahl bald nach oben korrigieren können. Zudem baut das EMB seine Kontakte in osteuropäische Länder aus.

Wie bewerten Sie „Notmaßnahmen“ der EU, insbesondere Exportsubventionen?

Das EMB hält Exportsubventionen und die öffentliche Lagerhaltung von Butter und Milchpulver für ungeeignet. Es darf nicht sein, dass europäische Überschüsse mit staatlicher Hilfe den Bauern in anderen Teilen der Welt schaden. Sinnvoller wäre es, Überschüsse gar nicht erst zu produzieren.

Was wäre stattdessen notwendig?

Angesichts der Überschüsse muss als Sofortmaßnahme die Menge gesenkt werden. Dies sollte über drei Maßnahmen geschehen. Saldierungsmöglichkeiten, also Möglichkeiten für einzelne Betriebe, zu viel Milch abzuliefern, so lange die Gesamtquote stimmt, sollten eingeschränkt werden. Zudem sollte der Beschluss der EU, die Milchquoten in den kommenden fünf Jahre anzuheben, rückgängig gemacht werden. Und schließlich sollten sich Milchproduzenten in einer europaweiten Ausschreibung

dazu verpflichten können, gegen eine geringe Entschädigung für ein Jahr weniger Milch zu produzieren.

Dies sind Sofortmaßnahmen, wie stellt sich das EMB die zukünftige Entwicklung vor?

Ziel des EMB ist eine flexible, marktorientierte Mengenregulierung, die faire Preise für Erzeuger und Verbraucher absichert. Dazu soll eine Monitoringstelle beobachten, welche Mengen in einem Jahr benötigt werden und wie die Produktionskosten sich entwickeln.

Entsprechend diesen Informationen muss die Milchmenge reguliert werden, um kostendeckende Erzeugerpreise zu erzielen. Milchproduzenten, Molkereien, Verbrauchervertreter und Politik müssen an der Monitoringstelle beteiligt werden. Zudem müssen die Erzeuger befähigt werden, selber die Menge entsprechend dem Bedarf zu regulieren.

Welche Rolle spielt der Handel, insbesondere der Export, in einer alternativen Milchmarktordnung mit stabilen Preisen?

Handel an sich ist aus Sicht des EMB nicht negativ. Voraussetzungen sind jedoch Fairness und Chancengleichheit. Daher dürfen europäische Produkte nicht künstlich verbilligt in andere Teile der Welt gelangen. Auch die europäische Milchherstellung muss vor Importen geschützt werden, da sie verschiedene soziale sowie ökologische Kriterien erfüllt und klimati-

sche sowie geographische Bedingungen höhere Investitionen erfordern als etwa in Argentinien. Es braucht also einen Außenschutz im Sinne der Ernährungssouveränität.

Ein Frischeprodukt wie Milch rund um den Globus zu transportieren, ist auch nicht sinnvoll. Dagegen ist es durchaus wünschenswert, in Länder zu exportieren, in denen keine ausreichende Milchproduktion möglich ist, oder Spezialitäten zu angemessenen Preisen weltweit zu verkaufen.

Wie kann in einem System mit begrenzter Produktion und hohen Preisen verhindert werden, dass nur noch in den kostengünstigsten Lagen produziert wird und dort besonders hohe Gewinne erzielt werden?

Grundlage einer flexiblen, marktorientierten Mengenregulierung ist eine einzelbetriebliche Referenzmenge, die nicht beliebig weitergegeben werden kann. Denkbar ist, die Weitergabe nur innerhalb bestimmter Regionen zuzulassen. Zudem üben die meisten Milchproduzenten ihren Beruf mit Begeisterung aus. Wenn die Bezahlung stimmt, werden sie ihre Quote behalten. Kostendeckende Milchpreise wirken so der Konzentration der Milchproduktion in wenigen Regionen entgegen. Zusätzlich braucht es auch in Zukunft spezielle Förderprogramme für benachteiligte Regionen, um schwierige Produktionsbedingungen auszugleichen.

Interview: Tobias Reichert



Europäische Milchbauern machten sich im Juni auf den Weg nach Brüssel, um gegen die niedrigen Milchpreise zu demonstrieren. © European Milk Board

Kaum Chancen für Milchbauern in Kamerun

Dumpingmilch aus Europa senkt Preise und verhindert Investitionen

Brot für die Welt unterstützt in Kamerun ein „Färsenprojekt“, das als Starthilfe eine Milchkuh an Kleinbauern vergibt. Das erste weibliche Kalb (die Färs) wird jeweils kostenlos an andere Bauern weitergegeben, wodurch die Anzahl der Milchbauern in der Region kontinuierlich wächst. „Da der Milchkonsum in Kamerun bisher sehr gering war, konnten wir zu Beginn des Projekts von einem großen Marktpotenzial für Milchprodukte ausgehen“, erklärt Henry Njakoi, Direktor der Färsenprojekte in Kamerun. Eine neue private Molkerei, SOTRAMILK, bot an, die Milch der Bauern aufzukaufen und daraus Joghurt und Käse für die Region herzustellen – eine gute Möglichkeit für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die Milch über den Hofverkauf an Dorfnachbarn hinaus zu vermarkten.

Doch schon bald begann die Großmolkerei CAMLAIT aus der Hafenstadt Douala, in der Region vor allem Joghurt zu verkaufen. Aufgrund von billig importiertem Milchpulver konnte CAMLAIT seine Produkte zu deutlich niedrigeren Preisen verkaufen als SOTRAMILK. So war auch die kleine Molkerei in Bamenda bald gezwungen, teilweise Importmilchpulver beizumischen. Der Preis, den die lokalen



Konkurs: Die private Molkerei SOTRAMILK konnte nicht mit billigen Milchexporten – vor allem aus der EU – konkurrieren und musste schließen. © Tilder Kumichii

Milchbauern erhielten, wurde so immer abhängiger von den Importpreisen. Aber auch das half der Molkerei nicht. 2008 ging SOTRAMILK in Konkurs und musste schließen.

Alleine aus der EU wurden 2008 rund 4.000 Tonnen Milchpulver importiert. Das entspricht 36 Millionen Litern Milch, fast 40 Prozent des vermarkteten Milchangebots Kameruns. Der Importpreis beträgt gegenwärtig nur noch 1,60 Euro pro Kilogramm Milchpulver und ist im freien Fall, auch wegen der Exportsubventionen der EU. „Die Milchbauern aus dem Nordwesten können mit den Einnahmen ihre Kosten nicht mehr decken, wenn sie mit den Preisen für importiertes Milchpulver konkurrieren müssen“, so Henry Njakoi. Durch Investitionen in Logistik und Produktion könnte der Milchpreis für die Bevölkerung gesenkt werden. Investoren standen im letzten Jahr wegen der hohen Importpreise bereit. Doch so lange Dumpingmilch aus Europa ankommt, wird niemand investieren.

„Wir geben aber nicht auf“, erklärt Henry Njakoi. „Vor allem die Milchbäuerinnen lernen nun, selber Käse herzustellen, und verkaufen ihre Frischmilch an Nachbarn. Viele engagieren sich in einer Bürgerbewegung, um die EU und die Regierung zu zwingen, etwas gegen die Importe zu tun.“

Weitere Informationen:

www.eed.de//fix/files/doc/EED_090920_Milchdumping_Kamerun_Aktuell_02_de.pdf

Francisco Mari,
Evangelischer Entwicklungsdienst

Amazonas-Regenwald in Gefahr



Die Ausweitung des Sojaanbaus und der Viehzucht in Südamerika verursachen eine großflächige Abholzung des Amazonas-Regenwalds – zu Lasten der Umwelt und der Bevölkerung. Die Folgen: eine Anheizung des Klimawandels und eine Verstärkung der Armut. © dpa-Report

EU-Abkommen bringt Namibia in die Zwickmühle

Neue Absatzmärkte suchen oder auf ein Einsehen der EU hoffen?

Die EU und die Staaten des südlichen Afrikas verhandeln seit 2002 über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA), das unter anderem die gegenseitige Öffnung der Märkte vorsieht. Während einige Länder wie Botswana and Swasiland sich vor kurzem mit der EU einigten, hat Namibia auch aus Sorge um seine Landwirtschaft noch nicht unterzeichnet.

Die Landwirtschaft trägt elf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Namibias bei, stellt aber mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze im formellen Sektor und sichert den Lebensunterhalt für drei Viertel der Bevölkerung. Viele Kleinbauern produzieren überwiegend für den Eigenbedarf sowie die lokalen Märkte und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung. Trotzdem leidet fast ein Fünftel der zwei Millionen NamibierInnen an Unterernährung.

Die Fleischverarbeitung gehört zu den wichtigsten Produktionszweigen in Namibia. Auch

viele Kleinbauern besitzen Vieh, mit dem sie auf lokalen Märkten Gewinne erzielen können. Darüber hinaus spielt der Export für die Fleischwirtschaft eine wichtige Rolle. So werden zur Zeit jährlich ca. 9.600 Tonnen Fleisch zollfrei in die EU exportiert. Diese droht nun damit, den Zugang zu ihren Märkten erheblich zu erschweren, wenn Namibia kein EPA unterzeichnet.

Der Geschäftsführer von Meatco, dem größten Fleischexporteur des Landes, befürchtet daher erhebliche Einnahmeverluste für die Farmer, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit mehr Armut. Aber auch die Unterzeichnung wäre mit Risiken verbunden, da einige entwicklungspolitisch zentrale Fragen wie Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Produkte oder der regionalen Integration ungelöst sind. Die namibische Regierung und zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten bei Abschluss des EPA in seiner gegenwärtigen Form Einnahmeverluste durch den Abbau von Zöllen: Geld,

das für die Verbesserung der Ernährungssituation und die Stärkung der Kleinbauern fehlen würde.

Namibia steckt, gemeinsam mit seinen Verhandlungspartnern in der Region, also in der Zwickmühle. Neue Absatzmärkte suchen oder weiter ein stärker entwicklungsorientiertes EPA fordern und auf ein Einsehen der EU hoffen? Eine neue Verhandlungsrunde ist für September anberaumt. Parallel wurden bereits Verhandlungen über Fleischexporte mit China, Indien und den USA begonnen. Die deutsche StopEPA-Koalition wird sich weiterhin gemeinsam mit europäischen und afrikanischen Bündnispartnern für entwicklungsfreundlichere EPAs einsetzen.

Mehr Informationen unter www.stopepa.de

Dieter Simon, Laura Blumenkemper, KOSA Koordination Südliches Afrika e.V.

KlimawählerInnen können die Wahl entscheiden. Nutzen Sie die Chance!

Die internationale Gemeinschaft erwartet von der neuen deutschen Bundesregierung, dass sie beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen eine starke Führungsrolle übernimmt. Zudem fordern 84 Prozent der Bundesbürger laut einer von der Klima-Allianz und Avaaz.org in Auftrag gegebenen Infratest-dimap-Umfrage, den Kampf gegen die Klimakrise mit den Anstrengungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu kombinieren und grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler ist bereit, das Kreuz bei einer anderen Partei zu machen, wenn diese ein stringentes Klimaprofil hat. Das heißt: KlimawählerInnen können die Wahl entscheiden!

Gehen Sie am 27. September zur Wahl und nutzen auch Sie Ihren Stimmzettel, um ein Signal für die Politiken zu setzen, die am ehesten die notwendige große Transformation zu mehr Klima-, Ernährungs- und Energiesicherheit ermöglichen.

Stimmzettel

- Emissionsreduktion um 95% bis 2050 (gegenüber 1990)
- CO₂-armes Energiesystem bis 2035
- Stromsystem mit 100% Erneuerbaren Energien bis 2050
- Abschaffen von Exportsubventionen bei Nahrungsmitteln
- Schutzklauseln für Kleinbauern in Entwicklungsländern
- Finanzausgaben für Klimawandel-Anpassungsstrategie

Termine

- **Gelsenkirchen, 8.10.09, 10-14.30 h:** „Gemeinsam für Klimaschutz.“ Eine Kampagne der LAG 21 NRW in Kooperation mit der Klima-Allianz NRW. Kontakt: Klaus Milke, milke@germanwatch.org
- **Hamburg, 9.10. + 6.11.09:** Hamburger Klimagespräche. www.germanwatch.org/termine/2009-hh
- **Bad Münstereifel, 26.-30.10.09:** Seminar „Alles heiße Luft – Wie stoppen wir den Klimawandel?“ www.kurt-schumacher-akademie.de/veranstaltungen/index.php
- **Loccum, 26.-28.10.09:** Seminar „Von Dreckschleudern zu Klimaschützern? Hoffnungsträger CCS-Technologie“ www.loccum.de/programm/prog
- **Osnabrück, 3./4.11.09:** Konferenz „CO₂ – Abfall oder Rohstoff? Möglichkeiten und Grenzen der CO₂-Sequestrierung“ www.dbu.de/550artikel29049_135.html
- **Dortmund, 16.11.09:** Veranstaltung „Aufbruch zur Klimarevolution oder hohle Worte? Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen.“ Infos: Gerd Plobner, gerd.plobner@vkk-do.de
- **Hamburg, 16.-18.11.09:** Internationale Bürgermeister-Konferenz „Hamburg City Climate Conference 09“. www.city-climate-conference.de
- **Berlin, 17./18.11.09:** Konferenz „Countdown to Copenhagen: Deutschlands Verantwortung für Klimagerechtigkeit.“ www.germanwatch.org/termine/2009-11-17

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00).
Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Klaus Milke, Gerold Kier.
Layout: Dietmar Putscher, Köln.
Auflage 95.000.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Erstellt im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts von Germanwatch und der AbL. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko
- Studie: Ist Essen bald Luxus? Ursachen für den Anstieg der globalen Agrarpreise 2008 und die Reaktion von Kleinbauern in Mali und Burkina Faso. Kostenlos. www.germanwatch.org/handel/agrarpr.pdf
- Hintergrundpapier: Entwicklung oder Markttöffnung? Kritische Aspekte in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern. 5 Euro. www.germanwatch.org/handel/epa-afri
- Argumentationshilfe: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs): Antworten auf gängige Argumente deutscher Bundestagsabgeordneter. 5 Euro. www.germanwatch.org/handel/epa-mdb
- Hintergrundpapier: Bundestags- und Europaparlamentswahlen 2009: Wirtschaftspolitische Denk-Punkte von Germanwatch. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/wahl2009
- Memorandum 2009. Entwicklungspolitik in der Zeit weltweiter Krisen. Kostenlos. www.germanwatch.org/pubdiv/memo09
- Ein Kopenhagener Klima-Abkommen. Version 1.0. Einzelexemplare Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/treaty1ovnar-d.pdf

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos heruntergeladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist die Verbindung zu den developmentspolitischen Nichtregierungsorganisationen äußerst wichtig. Gemeinsam können wir deutlich machen, dass weltweit Mechanismen zur Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft wirksam sind. Das gefährdet die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern besonders stark. Armut und Hunger sind die unmittelbaren Folgen. Die AbL hat Germanwatch in gemeinsamen Projekten zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft als kompetenten und verlässlichen Partner schätzen gelernt.